

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
R. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haf,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Agr. Sachsen
u. Herzogth. Sachsen-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergütungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 10.

Mittwoch, 27. Januar.

1875.

Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozess.

Rachwort.

Die „Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln“, deren Wiederveröffentlichung der „Volksstaat“ für zeitgemäß hielt, erschienen ursprünglich in Boston, Massachusetts, und zu Basel. Letztere Ausgabe ward größtentheils an der deutschen Grenze confiscirt. Die Schrift sah das Licht wenige Wochen nach Schluß des Prozesses. Damals galt es vor Allem, keine Zeit zu verlieren und war daher marcker Irrthum im Einzelnen unvermeidlich. So z. B. in der Namensangabe der Kölner Geschworenen. So soll nicht Dr. Hof, sondern ein gewisser Perry der Verfasser des rothen Katechismus sein. So versichert W. Hirsch in seiner „Rechtserklärungsschrift“, Cherval's Flucht aus dem Pariser Gefängniß sei zwischen Greif, der französischen Polizei und Cherval selbst abgekartet worden, um letzteren während der Gerichtsverhandlungen als Mouchard zu London verwenden zu können. Es ist dies wahrscheinlich, weil eine in Preußen begangene Wechselfälschung und die daraus entspringende Gefahr der Auslieferung den Krämer (dies der wirkliche Name Cherval's) ihren mythen. Keine Darstellung des Vorganges beruht auf „Selbstgeständnissen“ Cherval's an einen meiner Freunde. Hirsch's Angabe wirft ein noch greller Licht auf Stieber's Meineid, die Ränke der preussischen Gesandtschaft zu London und zu Paris, die schamlosen Eingriffe Hindedeby's.

Als der „Volksstaat“ das Pamphlet in seinen Spalten abzu-
drucken begann, schwankte ich einen Augenblick, ob es nicht passend
sei, Abschnitt VI (Fraktion Willich-Schapper) wegzulassen. Bei
näherem Erwägen jedoch erschien jede Bestimmung des Textes
als Fälschung eines historischen Dokuments.

Der gewaltsame Niederschlag einer Revolution läßt in den
Köpfen ihrer Mitspieler, namentlich der vom heimischen Schauplatz
in's Exil geschickten, eine Erschütterung zurüd, welche selbst
tüchtige Persönlichkeiten für längere oder kürzere Zeit sozusagen
unzurechnungsfähig macht. Sie können sich nicht in den Gang der
Geschichte finden, sie wollen nicht einsehen, daß sich die Form der
Bewegung verändert hat. Daher Konspirations- und Revolutions-
spiele, gleich kompromittirlich für sie selbst und die Sache, in
deren Dienst sie stehen; daher auch die heftigste Schapper's und
Willich's. Willich hat im nordamerikanischen Bürgerkrieg gezeigt,
daß er mehr als ein Phantast ist, und Schapper, lebenslang
Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, erkannte und bekannte, bald
nach Ende des Kölner Prozesses, seine augenblickliche Verirrung.
Biele Jahre später, auf seinem Sterbebett, einen Tag vor seinem
Tode, sprach er mir noch mit beißender Ironie von jener Zeit der
„Küchlingstülperei“. — Andererseits erklären die Umstände, in
denen die Enthüllungen verfaßt wurden, die Bitterkeit des An-
griffs auf die untreuwilligen Helfershelfer des gemeinsamen Fein-
des. In Augenblicken der Krise wird Kopflosigkeit zum Verbrechen
an der Partei, das öffentliche Sithe herausfordert.

Die ganze Existenz der politischen Polizei hängt
von der Entscheidung dieses Prozesses ab! In diesen
Worten, die Hindedeby während der Kölner Gerichtsverhandlungen
an die Gesandtschaft zu London schrieb (siehe meine Schrift: „Herr
Bogi“, pag. 27), verräth er das Geheimniß des Kommunisten-
prozesses. Die ganze Existenz der politischen Polizei, das ist
nicht nur die Existenz und Thätigkeit des mit diesem Fache un-
mittelbar betrauten Personals. Es ist die Unterordnung der gan-
zen Regierungsmaschinerie mit Einschluß der Gerichte (siehe das
preussische Disziplinargesetz für die richterlichen Beamten vom 7. Mai
1851) und der Presse (siehe Replikensond) unter jenes Institut,
wie das gesammte Staatswesen in Venedig der Staatsinquisition
unterworfen war.

Die politische Polizei, während des Revolutionssturms in
Preußen lahmgelagt, bedurfte einer Umgestaltung, für welche das
zweite französische Kaiserreich musterfähig war und blieb. Nach
dem Untergang der Revolution von 1848 existirte die deutsche
Arbeiterbewegung nur noch unter der Form theoretischer, zudem
in enge Kreise gebannter Propaganda, über deren praktische Ge-
fahrlosigkeit die preussische Regierung sich keinen Augenblick täuschte.
Ihr galt die Kommunistenhege nur als Einleitung zum Reaktions-
kämpfe gegen die liberale Bourgeoisie, und die Bourgeoisie selbst
sah die Hauptwaffe dieser Reaktion, die politische Polizei, durch
die Verurtheilung der Arbeitervertreter und die Freisprechung von
Hindedeby-Stieber. So verdiente Stieber seine Ritterporen vor
den Äffsen zu Köln. Damals war Stieber der Name eines
untergeordneten Polizeividuums, auf wilder Jagd nach Ge-
halts- und Amtserhöhung; jetzt bedeutet Stieber die unbeschränkte
Herrschaft der politischen Polizei im neuen heiligen preussisch-
deutschen Reiche. Er hat sich so gewissermaßen in eine
moralische Person verwandelt, moralisch in dem bildlichen Sinne,
wie z. B. der Reichstag ein moralisches Wesen ist. Und diesmal
schlägt die politische Polizei nicht auf den Arbeiter, um den Bour-
geois zu treffen. Umgekehrt. Gerade in seiner Eigenschaft als
Diktator der deutsch-liberalen Bourgeoisie wähnt Bismarck sich
stark genug, die Arbeiterpartei aus der Welt zu schieben zu können.
An dem Wachsthum der Größe Stieber kann das deutsche Prole-
tariat daher den Fortschritt der Bewegung messen, die es selbst
seit dem Kölner Kommunistenprozess zurückgelegt hat.

Die Unfehlbarkeit des Papstes ist eine Kinderrei verglichen
mit der Unfehlbarkeit der politischen Polizei. Nachdem sie in
Preußen während ganzer Decennien jugendliche Bräuselsöpfe in's
Loch gesteckt, von wegen Schwärmerei für deutsche Einheit, deut-
sches Reich, deutsches Kaiserthum, lernt sie heutzutage sogar alte
Stagköpfe ein, die für jene Gottesgaben zu schwärmen ver-
weigern. Heute müht sie sich eben so vergeblich ab, die Reichs-

feinde auszuroden, wie damals die Reichsfreunde. Welch
schlagender Beweis, daß sie nicht dazu berufen ist, Geschichte zu
machen, wäre es auch nur die Geschichte des Zanks um des
Kaisers Bart!

Der Kommunistenprozess zu Köln selbst brandmarkt die Ohn-
macht der Staatsmacht in ihrem Kampf gegen die gesellschaftliche
Entwicklung. Der kgl. preussische Staatsanwalt begründete die
Schuld der Angeklagten schließlich damit, daß sie die staatsgefähr-
lichen Prinzipien des „kommunistischen Manifestes“ heimlich
verbreiteten. Und werden trotzdem dieselben Prinzipien zwanzig
Jahre später nicht in Deutschland auf offener Straße verkündet?
Erschallen sie nicht selbst von der Tribüne des Reichstags?
Haben sie in der Gestalt des „Programms der Internatio-
nalen Arbeiterassoziation“ nicht die Reife um die Welt ge-
macht, allen Regierungen-Stechbriefen zum Trotz? Die Gesellschaft
findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die
Sonne der Arbeit dreht.

Die „Enthüllungen“ sagen am Schluß: „Jena . . . das ist
das letzte Wort für eine Regierung, die solcher Mittel zum Be-
stehen, und für eine Gesellschaft, die sich einer Regierung zum
Schutze bedarf. Das ist das letzte Wort des Kommunistenpro-
zesses — Jena!“ Eine gelungene Vorhersage dies, kichert der
erste beste Treitschke mit stolzem Hinweis auf Preußens jüngste
Waffenthaten und das Mausergewehr. Wir genügt zu erinnern,
daß es nicht nur ein inneres Duppel giebt, sondern auch ein
inneres Jena.

London, den 8. Januar 1875.

Carl Marx.

Politische Uebersicht.

— Nationalwohlstand und Massenarmuth. Die Rede,
welche der preussische Finanzminister Camphausen nach Eröffnung
des preussischen Landtags hielt, wirft ein grelles Licht auf die
Phrasen vom „steigenden Nationalwohlstand“. Der Herr Finanz-
minister sagte in Bezug auf die neuesten Klassensteuer-
ergebnisse:

„Die direkten Steuern gewähren das erfreuliche (!) Resultat,
daß sich aus dem Voranschlag eine Mehreinnahme von mehr als
1 Million Thaler bereits jetzt herausgestellt hat, die sich bis zum
Finanzabschluß noch erhöhen wird. Dazu hat die Klassensteuer
nicht beitragen können, da sie kontingentirt ist; sehr wesentlich
aber die Einkommensteuer. Bereits ist Ihnen eine Aufstellung
über die Veranlagung der Klassensteuer und der Einkommensteuer,
wie sie sich nach der nun durchgeführten Steuerreform herausge-
stellt hat, zugegangen, und ist ihr eine vergleichende Uebersicht mit
dem Jahre 1873 beigelegt. Ich empfehle sie Ihrer ganz besonderen
Aufmerksamkeit; sie wird Ihnen den Nachweis liefern, daß die
Änderung in der Steuererhebung sehr viel tiefer und sehr viel
einschneidender gewirkt hat, als häufig angenommen wird. Ich
will nur den Umstand hervorheben, daß nach dem alten Klassen-
gesetz die Zahl der von der Klassensteuer befreiten Personen sich
im Jahre 1873 belief auf 148,045 Militärpersonen, auf 176,181
Personen, die wegen Alters und auf 571,028, die wegen Armuth
nicht zur Steuer herangezogen wurden, zusammen also auf
1,389,954 Personen. Nach der Veranlagung des Jahres 1874
sind nun allein, weil sie nach der Ansicht der Einkommenskom-
mission ein Jahreseinkommen von 140 Thalern nicht er-
reicht haben, freigelassen worden 6,034,263 Personen.
(Hört! Große andauernde Bewegung.) Diesen treten hinzu
unter 16jährige Personen 32,791, Militärpersonen 138,344, und
endlich solche, die wegen beschränkter Leistungsfähigkeit, während sie
ein Einkommen von 140 Thalern bezogen, von der Steuer frei-
gelassen sind: 223,243 Personen. Es sind also im Ganzen
von der Klassensteuer befreit geblieben 6,447,631
Personen.“

Also bei Weitem die Mehrzahl der preussischen Steuer-
zahler hat ein Einkommen von weniger als 140 Thlr.
jährlich! Kein Wunder, daß das „hohe Haus“ durch diese Bil-
fen in „große andauernde Bewegung“ versetzt wurde. Wir
sagen: „kein Wunder“, denn die preussischen Herren Gesetzgeber
haben ja bei einer früheren Gelegenheit die Rawetät gehabt, zu
geschehen, daß sie von den ökonomischen Verhältnissen des Volks
nichts wissen. Eine Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter
hätte sich nicht gewundert. Wenn uns die dem Landtag zuge-
gangenen Steuertabellen vorliegen, werden wir den Gegenstand des
Näheren behandeln.

— Freitag (den 22. d.) kam das Landsturmgesetz in dritter
Lesung vor den Reichstag, nachdem es bereits zweimal auf der
Tagesordnung gestanden hatte. Liebknecht, der sich, wie bei den
früheren Gelegenheiten, gleich Anfangs der Sitzung zum Worte
gemeldet hatte, sollte als dritter Redner sprechen; allein gerade
als die Reihe an ihn kam, wurde die Schlußantrags-Quillotine
in Funktion gesetzt und die Debatte abgebrochen. Liebknecht mel-
dete sich hierauf zu den §§ 1 und 5 des Gesetzeswurfs zum
Worte und erhielt es zu letzterem Paragraphen. Gezwungen, sich
auf den betreffenden Paragraphen zu beschränken, mußte er auf
jede prinzipielle Kritik des Gesetzes verzichten, und sich begnügen,
das Treiben des Reichstags zu charakterisiren (was ihm einen
Ordnungsruf zuzog) und gegen das Landsturmgesetz energisch zu
protestiren. Als gegenüber der Behauptung des Abgeordneten
Gumbrecht, das Volk sei im besten Wohlstande und leide nicht
unter dem Militärsystem, von Liebknecht an die Thatsache erinnert
wurde, daß in Preußen fast 6 1/2 Mill. Pers. keine Klassensteuer be-
zahlen können, weil sie unter 140 Thlr. jährlichen Einkommens

haben, wurde auf den vordersten Bänken der Nationalliberalen
und Fortschrittspartei laut geschlitt! Man wird sich das
merken. Aus den Verhandlungen über das Landsturmgesetz ent-
nehmen wir der „Vossischen Zeitung“ noch folgende Details:

Abg. Liebknecht: Das Volk versteht dieses Gesetz sehr wohl
zu beurtheilen, aber es wendet sich nicht mehr mit Petitionen an
den Reichstag, zu dem es das Vertrauen verloren hat; es sagt,
er sei nur noch eine Maschinerie.

Präsident Forckenbeck: Ich halte es nicht für zulässig, hier
im Reichstage selbst eine Beleidigung desselben zu wiederholen, die
außerhalb des Hauses gefallen ist, und ich rufe deshalb den Ab-
geordneten Liebknecht zur Ordnung! (Beifall.)

Abg. Liebknecht: Ich habe nur wiederholt, was man im
Volke vom Reichstage sagt; ich habe —

Präsident von Forckenbeck: Ich habe den Redner wegen Wie-
derholung einer Beleidigung des Hauses zur Ordnung gerufen
und es scheint mir, als wenn der Redner eben im Begriff war,
dasselbe noch einmal zu thun.

Abg. Liebknecht: Ich wollte nicht dasselbe thun, sondern nur
im Namen des Volkes hier sprechen. Ich habe ebenso gut, wie
jeder andere Abgeordnete das Recht, im Namen des Volkes zu
sprechen, und es ist nicht Recht gewesen, daß man mich vorhin
durch den Schlußantrag hat mundtot machen wollen.

Präsident v. Forckenbeck: Es ist nicht zulässig, einen Be-
schluß des Reichstags in einer solchen Weise zu kritisiren.

Abg. Liebknecht: Aus dem § 5 geht klar hervor, daß es
sich hier nicht um den Landsturm unserer Väter handelt, von dem
es hieß: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ sondern
um eine Vermehrung des stehenden Heeres, eine Landwehr zweiten
Aufgebots. Aber man fürchtet die entseelte Volkskraft, weil man
die Stärke einer solchen Volksbewegung kennen gelernt hat; die
Volksbewegung in Frankreich, über die man jetzt so geringschätzig
urtheilt, hat der deutschen Heeresführung eine solche Furcht einge-
flößt, daß man zu den entseelten Repressalien gegriffen hat;
man hat Diebstahle, die nur dasselbe gethan haben, was die
Deutschen 1813 thaten, einfach erschossen, man hat sie nicht als
ehrliebe Soldaten betrachtet, die als Patrioten handelten, sondern
als Banditen . . .

Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner wiederum
unterbrechen; die letzte Bemerkung gehörte nicht zur Sache. (Bei-
fall.) Ich muß den Redner noch auf den § 43 der Geschäfts-
ordnung aufmerksam machen, welcher lautet: „Der Präsident ist
berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zu-
rückzuweisen und zur Ordnung zu rufen. Ist das eine oder das
andere in der nämlichen Rede zwei Mal ohne Erfolg geschehen
und fährt der Redner fort, sich vom Gegenstande oder von der
Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage
des Präsidenten eine Debatte beschließen, daß ihm das Wort über
den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zu-
vor auf diese Folge vom Präsidenten aufmerksam gemacht ist.“

Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß ich ihn bereits ein-
mal zur Ordnung und einmal zur Sache gerufen habe; sollte er
fortfahren von der Sache abzuschweifen, so würde ich von den
Rechten, die mir dieser Paragraph giebt, Gebrauch machen. (Beifall.)

Abg. Liebknecht: Dieser Landsturm ist eine neue Blausener,
die dem in seiner Steuerkraft ohnehin sehr geschwächten Volke
auferlegt wird. Der Finanzminister hat zur großen Befriedigung
des Abgeordnetenhauses erklärt, daß in Preußen 6 1/2 Millionen
Personen nicht zur Klassensteuer herangezogen sind, weil sie ein
Jahreseinkommen unter 140 Thalern haben: 6 1/2 Millionen Per-
sonen, die nicht 140 Thaler Einkommen haben! In welchen Ab-
grund von Elend sieht man da hinein! Aber die Bourgeoisie
sieht das Elend der Armen nicht und will es nicht sehen. Haben
Sie ein Interesse am Wohle unseres Vaterlandes, so werfen Sie
dieses Gesetz der Regierung vor die Füße! (Unruhe.)

— Menschenhandel. Das „Narburger Tageblatt“ vom
15. Januar enthält folgende Anzeige:

„Besonders für Oekonomen!
Aus Ostpreußen liefere ich Knechte und Mägde, selbige werden
borten gerichtlich bedungen und calculirt sich ein Knecht L. auf
45—50 Thlr., eine Magd L. auf 35—40 Thlr.“

Diese Leute sind sehr tüchtig in jeder Arbeit, willig in jeden
Befehlen und sehr lernbegierig, worüber Herr Oekonom Pape
Beluhausen bei Treysa, welcher schon mehrere dieser Leute im
Dienst hat, die besten Auskünfte geben kann. Die Reisekosten
und Fehrgelder incl. Agentengebühren betragen 15 Thlr.; bei
einer Anzahl von 50 Personen unternehme ich die Reise selbst
nach borten und kann dann selbige pro Kopf 1 Thlr. billiger
liefern. Reisegeld muß vorher an mich eingezahlt werden.
Reusstadt, Kurhessen.

J. C. Gies, Agent.

Wie theuer würde der Kopf dieses Agenten wohl zu stehen
kommen, wenn es eine Gesellschaftsordnung gebe, die den Handel
mit Menschen nicht erlaubt?

— Zur Harmonielehre. Die „Volkszeitung“ berichtet:
„Das gesammte Dreherpersonal der besizner Porzellan-Manufaktur
(Attien-Gesellschaft), früher Schumann, 38 Mann stark ist vor-
gestern von der Arbeit ausgesperrt worden, weil es einen verkürzten

*) Einer der ehrenwerthen Reichsboten, die laut sagten, als Liebknecht
bemerkte, daß 6 1/2 Mill. Personen in Preußen nicht zur Klassensteuer
herangezogen werden können, weil sie unter 140 Thlr. jährlichen Ein-
kommen haben, war der Fortschrittsmann Richter.

Lohntarif nicht annehmen zu können glaubte. Eine vom Personal (worunter Männer, welche seit mehr als 30 Jahren in obiger Fabrik arbeiten) an den Direktor gesandte Deputation blieb erfolglos; um jedoch keinen Schritt zur Beilegung der Differenz unversucht zu lassen, soll eine zweite Deputation mit dem Direktor des Aufsichtsrathes in Unterhandlungen treten.

Wie wir hören, soll sich der bekannte Berliner Doktor für soziale Schäden mit der Zubereitung eines neuen Trankleins beschäftigen, von dessen Heilkräften er sich die Genesung des kranken Menschheitkörpers verspricht. Wir zweifeln an der Wahrheit der Mittheilung um so weniger als die Anpreisung der Schiedsgerichte und Einigungsamtmedien in neuerer Zeit weniger marktschreierisch betrieben wird und weil das Quacksalbern nun doch einmal zum Handwerk der Pfluscher gehört.

— „Der siebente Congress der englischen Gewerksvereine — so berichtet die „Frankfurter Zeitung“ — ist vorgestern (19. Januar) zusammengetreten und hat bereits gestern in seinen Verhandlungen den unheilvollen Zwiespalt bloßgelegt, zu welchem durch die List des Ministeriums Disraeli vor einem Jahre die Reime gelegt wurden. Mit einer durch nichts zu rechtfertigenden Heftigkeit griff Cremer die Parlamentsmitglieder, welche als Vertreter der Arbeiter an den Verhandlungen der bekannten Commission genommen haben, an und erregte durch seine Behauptung, dieselben hätten sich erlauben lassen, einen wahren Sturm der Entrüstung. Wir haben die Einsetzung jener königlichen Commission als einen böswilligen Versuch, die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Arbeiter zu verschleppen, bezeichnet, und die Folge hat unsere Behauptung nur zu sehr gerechtfertigt, wir haben Macdonald und Hughes wegen ihrer Theilnahme an jener Commission getadelt, allein es ist bekannt, daß sie durch List zur Einwilligung bewogen worden waren, und da Cremer keinen einzigen positiven Beweis für seine schwere Beschuldigung vorbrachte, so müssen wir dieselbe für's Erste noch als unbegründet zurückweisen. Die Versammlung selbst entschied sich mit 57 gegen 43 Stimmen für Niederlegung eines Comités, welches die vorgebrachten Beschwerden untersuchen soll. Im Interesse der guten Sache selbst ist es zu bedauern, daß der Einfluß des Congresses, zu welchem auch diesmal Vertreter von fast einer Million Mitglieder zusammengetreten sind, durch unnützen Zwist geschwächt wird. Das abgelaufene Jahr war für die Arbeiter ohnedies kein glückliches und es ist möglich, daß die in ihren Löhnen unmäßig verkürzten Arbeiter nur zu misstrauisch die Nothlage ihren Führern zuschreiben.“

Im Gegensatz zur „Frankfurter Zeitung“ erfüllt uns der Beschluß des Congresses der englischen Gewerksvereine, die gegen die Arbeiter-Vertreter geschleuderten Beschuldigungen untersuchen zu lassen, mit hoher Freude. Das Misstrauen, welches in diesem Beschluß gegen die „Führer“ zum Ausdruck gelangt, entspringt aber nicht sowohl aus der ökonomischen Nothlage, für welche die „Führer“ verantwortlich zu machen keinem englischen Arbeiter je einfallen wird, als vielmehr aus der Ueberzeugung, daß die „Führer“ in Vertretung der Interessen der Arbeiter im Parlament ihre Schuldigkeit nicht gethan haben. Würde das Ergebnis der Untersuchung ausfallen wie es wolle, jedenfalls ist es ein Beweis für das erwachende politische Bewußtsein der englischen Arbeiter, wenn sie „Führer“ zur Rechenschaft ziehen, die dumm genug sind, sich von klugen Staatsmännern „überlisten“ zu lassen.

— In Nürnberg hat sich am 12. v. M. ein sozialdemokratischer Wahlverein gebildet, mit folgenden Statuten:

§ 1. Zweck des Vereins. Der „Sozialdemokratische Wahlverein“ ist ein lokaler politischer Verein und hat die Aufgabe, auf Wahlen jeder Art, als Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen, soweit die diesbezüglichen Nürnberger Wahlkreise sich erstrecken, in sozialdemokratischem Sinne einzuwirken.

§ 2. Mitgliedschaft. a. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Mann werden, welcher großjährig ist, im Reichstagswahlkreis oder in den Landtagswahlbezirken Nürnberg seinen Wohnsitz hat, eine Eintrittsgebühr von 20 Pf. (7 kr.) und einen monatlichen Beitrag von mindestens 20 Pf. (7 kr.) pränumerando entrichtet. Jeder Eintretende erhält eine Mitgliedskarte und ein Exemplar der Statuten.

b. Wer über 2 Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt, wird nicht mehr als Mitglied betrachtet.

§ 3. Sitz des Vereins. Der Verein hat seinen Sitz in Nürnberg.

§ 4. Generalversammlung. Die Generalversammlung, welche alle sechs Monate stattfindet, wählt mittelst Stimmzettel einen Vorstand von drei und einen Ausschuß von fünf Mitgliedern durch absolute Stimmenmehrheit. Bis zur ersten Generalversammlung leitet der von der constituirenden Versammlung gewählte Vorstand die Geschäfte.

§ 5. Geschäftsführung. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem Schriftführer und einem Kassirer, und hat die regelmäßigen Geschäfte zu führen, insbesondere bei den Wahlen die Thätigkeit der Mitglieder anzuregen und die Agitation zu leiten. Er hat ferner die Aufstellung und Führung der Mitgliederlisten zu bewirken, die regelmäßige Einziehung der Beiträge durch einen von den Mitgliedern zu wählenden Einsammler besorgen zu lassen und gemeinsam mit dem Ausschuß die Tagesordnung für die Generalversammlungen, sowie für die ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen festzusetzen und die nöthigen Vorbereitungen zu treffen.

§ 6. Versammlungen. Alle vier Wochen findet eine ordentliche Vereinsversammlung statt, in der über die Thätigkeit des Vereins zu berichten ist. Sowohl in diesen ordentlichen als in außerordentlichen Versammlungen können Vorträge und Diskussionen über solche Gegenstände stattfinden, welche zur Verbreitung und prinzipiellen Förderung des Vereins geeignet erscheinen.

§ 7. Verwaltung und Verwendung der Beiträge. Die eingehenden ordentlichen und freiwilligen Beiträge werden vom Kassirer verwaltet, und hat derselbe allmonatlich dem Vorsitzenden unter Controle von mindestens zwei Ausschußmitgliedern Rechnung zu legen.

Verwendet werden die Beiträge lediglich zur Agitation für die Zwecke des Vereins, zur Verbreitung der nöthigen Schriften und zu sonstigen Vorbereitungen für die Wahlen.

§ 8. Organ des Vereins. Alle offiziellen Erlasse der Verwaltung, sowie sonstige den Verein betreffende Bekanntmachungen werden in dem „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ veröffentlicht.

§ 9. Statutenänderung. Die Statuten können in jeder Generalversammlung abgeändert werden und ist hierzu bloß absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Jedoch müssen die Abänderungsgründe bei der Einladung zur Generalversammlung den Mitgliedern bekannt gegeben werden.

§ 10. Die Mitglieder verpflichten sich, bei Wahlen nur für

die Candidatur solcher Männer thätig zu sein, welche folgendes Programm anerkennen.

Programm. Die Arbeiterklasse bedarf der vollständigen Emanzipation von dem Druck und der Ausbeutung durch die Kapitalmacht; das heißt: Abschaffung der Lohnarbeit, der Einführung der sozialistischen (genossenschaftlichen) Produktionsweise unter Mitwirkung des Staates. Herstellung einer demokratischen Staatsform mit direkter Gesetzgebung durch das Volk. Als zunächst zu erreichende Stationen in diesem Bestreben sind zu betonen: Gründliche Verbesserung unserer ganzen Rechtspflege, Beseitigung der indirekten Steuern und Einführung einer einzigen Progressiv-Steuer auf Einkommen und Erbschaften; Unentgeltlicher Unterricht an allen öffentlichen Bildungsanstalten; Allgemeines, geheimes, direktes Stimmrecht für alle Männer vom 20. Lebensjahre an für Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen; Verbot der Kinder- und geschlechtliche Beschränkung der Frauenarbeit; sanitätpolizeiliche Controlle aller Arbeitsräume, namentlich der Fabriken; Verbot der Gefängnisarbeit zu Gunsten von Privaten oder Gesellschaften; staatliche Einführung einer Arbeitsstatistik und des Normalarbeitstages; Abschaffung der stehenden Heere.

— Der Rebell der „Frankfurter Volksfreund“, W. Bloss, ist wegen angeblichen Verstoßes gegen § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs unter Anklage gestellt worden. — Er, der „Leichtfertige“, hat sich wieder einmal beleidigt gefühlt, und zwar durch den Artikel „Ein Standal im Reichstag“ in Nr. 144 des „Volksstaat“ vom vorigen Jahre, und hat gegen dessen verantwortlichen Redakteur Strafantrag gestellt. — Parteigenosse Kaiser in Dresden ist zu 20 Thalern Strafe und in die Kosten verurtheilt worden wegen Beleidigung des Offiziersstandes anlässlich einer Rede, die er in einer Bauhandwerkerversammlung hielt. Angeklagter und Staatsanwalt haben gegen dieses Erkenntnis Einspruch erhoben.

Zur Geschichte der Kommune.

(Aus dem „Braunschweiger Volksfr.“)

Soeben erschien:

Die Pariser Kommune vor den Berliner Gerichten. Eine Studie über deutsch-preussische Rechtszustände von Johann Rosl. Braunschweig. Verlag von W. Brack jr.

Wir machen auf diese Schrift unseres zu 19 Monaten Gefängniß verurtheilten Parteigenossen besonders aufmerksam. Die genaunte Schrift enthält mehr als sie verspricht. Sie ist nicht bloß eine Illustration unserer Rechtszustände, obwohl es charakteristisch ist, daß derselbe Mann, für den die Richter wegen einer Rede auf eine so ungeheure Strafe erkennen, weil sie die besondere Bildung des Angeklagten hervorheben, hinterher im Gefängniß als einfacher Buchbindergehilfe behandelt wird, den man zur Handwerksarbeit zwingt. Der bornirteste Mensch, wenn er den sogenannten gebildeten Ständen angehört, geschweige wenn er noch gar studirt hat, hat, wenn er kein gemeines Verbrechen begangen hat, Anspruch auf eine gewisse seinem „Stand“ angemessene Behandlung, der Arbeiter aber, und wenn er durch eigene Arbeit sich zu einem Bildungsgrad erhoben hat, der den vieler Doktoren weit übertrifft, darf sich nicht wundern, wenn auch auf ihn der Begriff der „Standesmäßigkeit“ angewandt und er zur Zwangsarbeit angehalten wird.

Doch, wie gesagt, wir wollen ganz absehen von der Beleuchtung des Processes, der uns gegeben wird. Das Buch hat seinen besonderen Werth noch als historischer Beitrag zur Geschichte der Kommune.

Rosl liefert uns unter Andern eine Sammlung von Zeitungsstimmen aus der Zeit der Niederwerfung der Kommune, Stimmen, die um so unverdächtiger sind, als sie aus dem Munde der Gegner kommen.

Einige Stellen der Schrift, die wir mittheilen, werden überall das Interesse an derselben rege machen und die Lust erwecken, sich mit der Schrift selbst bekannt zu machen.

Es heißt da:

„Ueber die Art und Weise, wie die Pariser (die Gegner der Kommune, die Ordnungsbahnen) kämpften, giebt uns am deutlichsten Rac Mahon selbst Auskunft. Der „Straßenkrieger“, berichtet er nach dem Kampfe an die Regierung, „ist gewöhnlich verächtlich und sehr widerlich für die Angreifer, aber wir haben alle Stellungen umgangen, die Barrikaden vom Rücken gefaßt, und unsere Verluste, obgleich empfindlich, sind verhältnismäßig gering.“

„Ganz anders klingt Das, was von der Haltung der Kommune gesagt wird. So berichtet die „Allgemeine Zeitung“ unterm 25. Mai 1871: „... Die Hederiten, wissend, daß ihr Leben so wie so verpielt sei, kämpften und schlugen sich mit einer Zähigkeit, die in der That Bewunderung einflößen mußte. Ich hatte Gelegenheit, durch eine Auerliche den Straßenkampf in der Rue de Condé mit anzusehen. Bolle zehn Stunden dauerte es, bis die Pariser aus der Rue de Bangirard und der Rue St. Sulpice bis zum Odeon und zur Rue de l'ancienne Comédie vordrücken konnten.“ Der „Kreuzzeitung“ schrieb man über die Todesverachtung der Pariser: „... Die Meisten gingen dem Tode entgegen, wie die Araber nach den Gefechten, mit Gleichgültigkeit, mit Berachtung, ohne Haß, ohne Zorn, ohne Injurien gegen ihre Richter. Alle Militärs, welche an den Erschießungen theilnahmen und nehmen mußten, bezogen diese Thatsache. Einer sagte mir: Wir haben in Pashy etwa vierzig dieser Kanakillen erschossen, aber gestorben sind sie wie Soldaten. Die Einen kreuzten die Arme und hielten den Kopf hoch; die Andern öffneten ihre Röcke und riefen uns zu: Schießt, wir fürchten den Tod nicht! Ein Offizier von dem Corps des General Clinchant erzählte mir, daß seine Compagnie 84 Gefangene auf die Wälle geführt habe. Sie haben sich in Reihe und Glied aufgestellt, als ob sie zum Exerciren gingen. Nicht Einer zeigte Aufregung.“ In einer Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ vom 3. Juni 1871 heißt es: „... In dem am Fuße des Montmartre gelegenen Straßen, im Nordbahnhof und in der Rue Lafayette, denen der Nordbahnhof als Citadelle diente, war der Kampf ein äußerst hartnäckiger. Im Nordbahnhof hielten sich die dort eingeschlossenen Insurgenten — es war den Truppen gelungen, dieselben zu umzingeln — 12 Stunden lang. Die Truppen erhielten fortwährend Verstärkungen und konnten abwechselnd in den Kampf gehen, während die Insurgenten, welche sich im Nordbahnhof und hinter den Barrikaden befanden, die denselben umgaben, auf sich allein beschränkt waren. Dieser lange Widerstand hatte die Truppen äußerst erbitert, und als sie in den Nordbahnhof eindringen, machten sie Alles nieder, was sie vorfanden.“ Ein der Kommune gegenüber, wie gesagt, ziemlich vorurtheilsvoller Geschichtsschreiber, Ludwig Wittig, sagt in seinem Werke „Die Kommune von Paris“: „... Wie bereits erwähnt, volle acht Tage noch schlugen sich die letzten Schaaeren der Kommune, als die Truppen schon in die Stadt gedrungen. Sie fielen wie die Veteranen Catilinas, im Tode mit ihren Leibern den Plaz be-

deckend, den sie lebend behauptet hatten, und die Todeswunden auf der Brust. Diese Kaltblütigkeit im Kampfe, wie bei ihrer Hinrichtung erwirkte ihnen die Achtung selbst ihrer bittersten Feinde.“ ... Recht treffend stellt ein Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ den Rath der beiden streitenden Theile einander gegenüber, indem er schreibt: „Den Soldaten, welche vor wenigen Wochen noch zum großen Theil Kriegsgefangene in Deutschland waren, ist nun Gelegenheit geboten gewesen, zu zeigen, aus welchem Metalle sie gemacht sind. Die Kagen Europas haben in diesen Tagen auf ihnen gerächt, wie Thier mit einer französischen Selbstbespiegelung von ihnen sagte; aber wir möchten bezweifeln, ob diese Kagen sehr rühmliche Thaten wahrzunehmen vermöchten. Die Truppen der Pariser Regierung scheinen erheblich größeren Werth auf militärische Vorsicht als auf Tapferkeit zu legen, so lange sie feindlichen Barrikaden und Geschossen gegenüberstehen; soll doch der Vendomeplatz Stunden lang von 25 Nationalgardisten und einer Anazone gegen die ganze Macht, die Versailles dort aufbieten konnte, vertheidigt worden sein. Aber wenn sie ein hilfloses Opfer vor sich haben, dann schäumen sie über vor Muth.“

Und nun wollen wir noch hören, was die Presse über die Megeleien sagte, damit wir sehen, daß ich in meinem Vortrage auch in dieser Hinsicht nicht nur die Wahrheit gesagt und mich keinerlei Uebertreibung schuldig gemacht habe, sondern sogar sehr kurz darüber hinweggegangen bin.

„Welche Kämpfe“, heißt es in der „Kölnischen Zeitung“ vom 27. Mai 1871, „welche Verwüstungen in Paris! ... Die Junischlacht von 1848 ist nach Aussage Derer, die beide mit erlebt, gar nicht mit dem Berzeißungskampfe der Maitage 1871 zu vergleichen, auch in Betreff der Opfer nicht. Darin Beiläufigkeit ist der Franzose nicht verwöhnt, eine Schätzung ist ihm genug; bis jetzt aber schwanken die Zahlen so stark, daß man wenig darauf zu geben geneigt wird. Schon am 23. Mai von 20,000 Todten und Verwundeten auf Seiten der Insurgenten, von 10,000 auf Seiten der Pariser die Rede. Thatsache ist, daß die Verluste der ersten ungleich größer sind, denn sie sind nicht bloß von den Chassepots bedroht, sondern auch von den Bomben und Granaten, von den Geschützen, die der Kampf inmitten großer Feuerbrünste mit sich bringt, und dann kommt hinzu, daß die Truppen, die denen, welche mit Waffen in der Hand gefangen genommen wurden, keinen Bardon geben sollen, nur zu bald vergessen, überhaupt einen Unterschied zu machen.“

„Das „Sicdele“ vergleicht diese Straßenkämpfe von Paris mit den Megeleien der Bartholomäusnacht, nur daß jetzt zu der Wuth, womit der Franzose damals den Franzosen abschloß, noch alle Hilfsmittel der modernen Beförderungskunst gekommen seien, und man wie von Sinnen gewesen sei in dem Gedonner und Gekrach und in der von Pulverdampf und Petroleumqualm geschwängerten Atmosphäre.“

„Von Verwundeten ist nicht zu sprechen — es giebt keine“ schrieb kurz aber sehr bezeichnend die „Frankfurter Zeitung.“

Der „Daily Telegraph“ meldete: „Die Zahl der auf Seiten der Kommune Gefallenen und Hingerichteten wird wahrscheinlich nie bekannt werden. In der Kaserne, nahe beim Hotel de Ville, fanden gestern den ganzen Nachmittag hindurch Hinrichtungen statt. Jedesmal, nachdem eine Gewehrsalve abgefeuert worden war, sah man geschlossene Hospitalarten herankommen, die mit den Todten angefüllt waren.“

„Im Luxembourg, im Parc Monceau, auf dem Plage des Thurmes St. Jacques — schreibt der „Verfaller Korrespondent“ der „Independance belge“ unterm 28. Mai — finden sich gewaltige offene Gruben, die mit ungelöschtem Kalk angefüllt sind. Insurgenten, Männer und Frauen, die Hände auf den Räder gebunden, werden an den Rand derselben geführt, ein Petroleumfeuer knattert, eine Dampfswolke steigt auf ... und die Grube und der Kalk verschlingen und verzehren die Deute. Welche Greuel!“

„Vom gleichen Tage wird der „Kreuzzeitung“ geschrieben: „Die Repressalien, welche die Arme (für den 18. März) genommen, sind nicht weniger haarsträubend, die Soldaten erschiesen und erschien ohne Unterschied Männer, Weiber und Kinder! Wie es in einem Blatte in St. Germain heißt, waren große Löcher in den Elyseischen Feldern gegraben und die Leichname der Insurgenten aus vielen Theilen der Stadt hineingeworfen worden. Hierauf habe man ganze Kasser voll Petroleum darüber gegossen. Das sei die ungeheure Rauchwolke gewesen, die bis Abends über Paris geschwebt habe.“

(Schluß folgt.)

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siehe, 20. Januar. Die Mitgliedschaften eruche ich, die Abrechnungen pro 4. Quartal 1874 ungefüllt einzuschicken, damit ein geregelter Abschluß erfolgen kann. Es ist die Saamseligkeit in Zustellung der Abrechnung mit gar nicht zu entschuldigen. Weiter erinnere ich daran, daß die statistischen Berichte, sofern dieselben noch nicht versandt sind, nicht, wie vorgekommen, an Unterzeichneten, sondern an die Adresse A. Reimann in Berlin, alle Taxidstr. 6, Hof 3 Tr., zu schicken sind. Man wolle sich bedenken, daß das Geld und die Zeit, welche damit verloren gehen, anders nothwendig zu verwenden ist. Ferner eruche ich um genaue Angabe der Adressen von Bevollmächtigten und Kassirern von da, wo dies noch nicht geschehen. Dann mag ich noch dringend auffordern, diejenigen Zuschriften von uns an die Mitgliedschaften, welche eine Antwort bedingen, direkt zu besorgen. Wie ist es möglich, die Geschäfte ordentlich zu leiten, wenn die direkt Beiheligten, die Mitglieder selbst, es nicht der Mühe werth halten, gestellte Fragen, was doch sehr oft vorkommen kann, umgehend zu beantworten. Will man den Ausschuß in event. Fällen zur Verantwortung ziehen, so ist zuerst zu beobachten, daß man seiner Pflicht demselben gegenüber auch nachzukommen hat.

Mit Gruß und Handschlag

Der Ausschuß.

J. A.: Valtz. Kierz.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Frankfurt a. M. Unseren Collegen des Allgemeinen deutschen Töpfervereins diene hiermit zur Kenntnig, daß sich in Frankfurt a. M. eine Mitgliedschaft gebildet hat, und sind zu diesem Zwecke Briefe und Anfragen zu richten an den unterzeichneten Bevollmächtigten, bei Herrn Hedrig, keine Eichenheim, Gasse Nr. 26 Frankfurt a. M., woselbst auch das Vereinslokal ist. Zugleich rufen wir Allen Collegen Deutschlands zu und nachzuzufolgen, damit wir uns bald zurufen können: Einer für Alle und Alle für Einen.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Der Bevollmächtigte Michael Herzog.

Correspondenzen.

Leipzig. Unser „Klein-Paris“ ist eine äußerst tanzlustige Stadt. In und außerhalb derselben laden allsonn- und feiertäglich eine Menge von Vergnügungsorten zur Tanzbelustigung ein, und die schlauen Wirthe und sonstige aus diesem Hange der Wohlthätigkeit Nutzen ziehende Unternehmer finden außerdem noch Anlaß genug, die Reihe dieser zweifelhaften Erholungen wachsen zu machen und dem nur allzu schwachen Publikum das Geld aus der Tasche zu loden. Da gibt's patriotische Festslichkeiten, wie Sebanfeier etc.; und der bekanntlich seit mehreren Jahren hier eingeführte Carneval spielt auch mit seinen Verlockungen in dieser Hinsicht eine bedeutliche Rolle.

Ueber die sittliche Berechtigung des Tanzes läßt sich streiten, entschieden zu verwerfen aber ist die Sucht, wie sie sich hier zeigt, und die Art und Weise, wie man derselben an manchen Orten Genüge leistet. Die rohe Sinnlichkeit ist oft genug der unverkennbare Antrieb dazu, manche Lokale werden geradezu von Prostituirten und deren Anhang beherrscht, und Schaaeren „feiner“ Herren suchen und finden hier Zerstreuung, die wußt genug ist. Es soll hiermit nicht gesagt sein, daß die sogenannten niederen Klassen frei sind von diesem Uebel. Will sollen sich aber bei ihrer ewigen Sorge um Fristung des Daseins, bei ihrer daraus sich ergebenden Abgeschlossenheit von besserer Anregung, Impulse kund geben, die Gemüth und Geist in segensbringende Bahnen lenken? Je größer eine Stadt, desto mehr springt die Amoral hervor. Jedermann weiß, worin das seinen Grund hat. Leipzig steht hierin nicht allein da. In einem Punkte aber wird es wohl kaum von einer andern Stadt übertraffen — und das ist die Sucht eines Theils seiner Bewohner, Gesellschaften zu gründen und zwar meist Gesellschaften, die keinen andern Zweck haben, als der leichtesten Genüßsucht zu fröhnen. Kneipen, Tanzen, Aufführen läppischer Theaterstücke, ein bißchen Singen nebenbei, das sind die Beweggründe, gesellschaftliche Organisationen mit einer Wichtigkeit in's Werk zu setzen, die einer besseren Sache würdig wäre. Für diese Art von Gesellschaften ist natürlich der Carneval ein hochwillkommener Anlaß, ihren Lebensgeistern von Neuem — und zwar in verstärktem Maße — alkoholische Anregung zuzuführen und im Spiele mit ihnen wenn auch plumpen, so doch überaus leicht geschürzten Mäusen, ihrem kümmerlichen Geistesleben etwas Würze zu verleihen. Selbstverständlich geschieht das alles unter dem Deckmantel der Nützlichkeit, soweit es eines solchen bedarf. Das rein geistige Zugeständniß dieser Nützlichkeit reicht hier nicht aus, es muß auch in äußerlichen, greifbaren Formen zum Ausdruck gebracht werden.

Wer nun aber glaubt, daß diese hingebende Fürsorge der so zahlreichen hiesigen Gesellschaften dem nach Ergözen drängenden Verlangen der „Klein-Pariser“ Genüge leistete, der traut denselben bei Weitem nicht genug Lebenslust zu. Nein, die Privatunternehmungen Einzelner müssen derselben noch als Ableiter dienen — und wahrhaftig! verschriebene der Herren Wirthe wissen das kostbare Gut der Menge gar herrlich zu verwerthen — sie veranstalten große Volksmassenbälle. Selbst der recht aristokratisch thurende Wirth des hiesigen Schützenhauses, Königl. Hofrestaurant, verschmäht dies Manöver nicht, er wiederholt es seit mehreren Jahren, was in Anbetracht der guten Rechnung, die er dabei findet, ganz begreiflich ist, ebensowohl wie, daß er patriotischen Strömungen, die ja nicht gut ohne Taosie einherzulaufen können, mit Küche und Keller zu Hülfe kommt. Diefelben lassen, wie das „Leipziger Tageblatt“ gewöhnlich sammlungsbild berichtet, nie etwas zu wünschen übrig. Der jährliche Maskenball im Schützenhause nun unterscheidet sich von ähnlichen Unternehmungen dadurch, daß er das beinahe demokratisch klingende Aushängeschild „Volks-Maskenball“ verschmährt und dafür pomphastisch kosmopolitisch einen Grand bal paré et masqué ankündigt. Die Einladung in der fremden Sprache, der ja in Deutschland jetzt so gründlich der Garaus gemacht werden soll, ist nun freilich unsern Deutschhülmlern etwas unangenehm. Die Mißstimmung wagt sich sogar bis ins „Tageblatt“, das heißt anonym und auf dem zu bezahlenden Raume der Privatbesprechungen großend. Indes, im Allgemeinen wird für diesen Abend der patriotischen Wallung von kräftigen Elementen ein Dämpfer aufgesetzt — der grand bal paré et masqué wird „mitgemacht“, der rührige Wirth hat geforgt, daß Hunderte von Freibillets unter das Publikum kamen, demzufolge sieht es auf diesem „Balle“ nun auch bunt genug aus. Ramentlich die weiblichen Erscheinungen ziehen den Blick auf sich. Die Seidenkleider rauschen, der Flitter glänzt — Leipzig scheint sein ganzes Schatzkästlein weiblicher Reize hier ausgeleert zu haben. Allerdings — besonders die markfähigen. Sind auch die „anständigen“ Damen in Menge erschienen, um „sich die Sache einmal mit anzusehen“, so müssen sie doch zurücktreten vor den glänzenden Bordellwirthen und ihren Züchtern. Die stolzen sie einher, diese Priesterinnen der Venus in ihren meist erborgten Gewändern, ihre quellenben Formen zur Schau tragend, denn sie müssen doch leben, die Gefallenen, gut leben und dabei noch den Tribut entrichten, den Andere von ihrer Schande fordern! Unermüdlich, unverdrossen geht es treppauf, treppab; durch die Säle und über die Gänge wälzt sich der tolle Zug.

Fansaren schmettern; die am reichsten gekleideten Hetären werden prämiirt, zwar nur mit Hirtelanz, aber ein erhebendes Schauspiel ist doch für unsere Bourgeois, junge und alte, lebige und verheratete. Dann beginnt der Tanz. Die Masken fallen, die Stimmung hebt sich, die Siedmassen kommen zur Geltung. Nach und nach beginnen in den Nebensälen die Einleitungen zur „freien Liebe“; patriarchalisch haben sich dort die verschiedenen Körperschaften niedergelassen — der Louis fehlt nicht dabei — und der Wein erweckt des Menschen Herz. Rabens und Madari werden in der dort sich entwickelnden Leppigkeit unwillkürlich copirt, Heinrich Heines Sortasmen erklären sich hier. Ab und zu waigt ein Ueberflur Eingriffe in schon veräußerte Rechte, es wird mit mehr oder weniger fühlbarem Hinweis auf die Heftigkeit des Eigenthums, seid auch des schnell sich verändernden, zurückgedrängt. So geht es bachanalisch bis zum Morgen fort und das Ganze endet als Zerbild der heutigen Gesellschaft, wie es als solches, wenn auch etwas übertrücht begonnen hatte. Wenige Tage darauf wird in denselben Räumen der Jahrestag der Errichtung des deutschen Kaiserreichs und dann des Kaisers Geburtstag gefeiert, und mancher der Bestandtheile des vergangenen Maskenabends nimmt daran Theil. Non olet! —

Es war nun einigermaßen interessant zu erfahren, was wohl das „Leipziger Tageblatt“, welches ja gewissenhaft über derartige „Ereignisse“ berichtet, für ein Referat über das Fest bringen würde. Wichtig, gleich auf der ersten Seite des Blattes Nr. 16, dicht unter den amtlichen Bekanntmachungen erschien es. Nach einer wohlwollenden Schilderung des Lebens und Treibens auf dem „Feste“ und des ganzen Arrangements desselben, kommt folgende Anschauung zu Tage: „Der darauf beginnende Ball war ungemein stark frequentirt, die Speiserräume durchgängig vollstän-

dig besetzt, das Gemüth liberal all yoff, aber an allen Orten herrschte Anstand und gute Sitte. Bürgerliche Familien waren in großer Zahl vertreten und verließen durch ihre Anwesenheit dem Feste einen soliden Anstrich, der sich wohlthunend über den ganzen Abend verbreitete.“ Ob wohl der Redakteur des „Tageblattes“ mit seinen Angehörigen und seinem Redaktionspersonal bei diesem „soliden Anstrich“ mitgeholfen haben mag? Und wenn das nicht der Fall war, welchen einseitigen Berichterstatter mag er wohl mit der Milch der frommen Denkartart zu dieser Dregie geschickt haben? Genug, das gefelteste Blatt des „gebildeten“ Leipzig berichtet überhaupt über eine solche und vervollständigt von neuem den Beweis, welch riesiger Carneval das bürgerliche Journalistenthum ist. Der Phantastie jedes Einzelnen bleibt es überlassen, dem „Leipziger Tageblatt“ darin die gebührende Rolle zuzuweisen. Bezeichnend genug aber ist es, daß sich die städtischen Behörden Leipzigs mit Vorliebe dieses Blattes zu amtlichen Bekanntmachungen bedienen, noch bezeichnender jedoch, daß das Polizeiamt zu diesen Behörden gehört und wahrscheinlich an dem bewußtem Abende seine Sektion, die Sittenpolizei, disponirt hatte.

Schneeberg, 20. Januar. Seit länger denn einem Jahr wurde hier keine Volksversammlung abgehalten, und so begrüßten wir es mit lebhafter Freude, als uns mitgetheilt wurde, daß Genosse Wiemer aus Magdeburg im 19. Wahlkreise agittiren wolle. So fand bereits gestern im Gasthof „zur Sonne“, eine von ca. 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, die einen sehr guten Verlauf genommen hat und dazu diente, das Klassenbewußtsein der Arbeiter aufs Neue zu wecken und zu fählen. Die Versammlung wurde von Parteigenosse Gustav Hörnig eröffnet und geleitet. Wiemer behandelte in nahezu zweistündiger Rede die Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung“ unter großer Aufmerksamkeit des Publikums. Als Redner durch ein Referat des „Ergözen Volksfr.“, das einen Vortrag des Bürgerfchullehrers Mödel aus Reustädtel über Strikes behandelte, sich veranlaßt sah, auf dasselbe einzugehen und die Ansichten und Schlüsse des Herrn Mödel einer, wie Herr Mödel selbst zugeben mußte, ruhigen und leidenschaftslosen Kritik unterzog, sah sich ein hier gerade nicht sehr in der Achtung seiner Mitbürger stehender Mensch veranlaßt, den Referent durch äußerst laute Gegenbemerkungen zu unterbrechen. Der Redner ließ sich das gefallen, da ihn ein solches Benehmen nicht störte, nicht so das Publikum, das energisch die Entfernung des Störenfrieds verlangte, und so sah sich der Exedent bald an die frische Luft gesetzt, wo er mit dem an diesem Abend äußerst heftigen Sturmwind weiter hadern konnte. Es soll hier nur angeführt werden, daß Herr Mödel die Strikes als „reine Geschäftssache“ betrachtete, „daß die größten Strikes von der in London bestehenden Internationale angezettelt wurden“, und daß die Strikes für die Arbeiter „eine Zeit der Erholung, unterbrochen durch interessante Beratungen, bei und nach denen es lustig hergeht.“ — — — „Darum wird auch so mancher Strike als purem Uebermuth unternommen“. Gegen Strikes giebt es nach der Ansicht des Herrn Mödel kein anderes Mittel als „Gezostrikes“, und gelangt er zu folgendem Resultat: „Die Abhilfe kann deshalb auch nur dadurch geschaffen werden, daß man wieder zurück zu den früheren Einrichtungen (Zünfte etc.) greift, sie aber den veränderten Verhältnissen anzupassen und es dahin zu bringen sucht, daß Arbeiter und Arbeitgeber das Hauptgewicht wieder auf das legen, nicht was sie trennt, sondern was ihnen gemeinsam ist und sie eint.“ In welcher Weise Wiemer jene Ansichten widerlegte, brauchen wir wohl nicht weiter anzuführen. Im Laufe seines Vortrages kam Redner auch auf die Beteiligung der Arbeiter bei den Wahlen etc. zu sprechen, und legte unter Anderen die Stellung klar, die unsre Abgeordneten im Reichstage einnehmen, und geistelte das Verfahren gegen dieselben in ziemlich scharfer Weise. Als Redner auch auf die Vorlagen resp. auf die legislativischen Schöpfungen des Reichstags zu sprechen kam, sollte er hierin nicht weiter kommen, als bis zum Landsturmgesetz. Kaum hatte er desselben Erwähnung gethan, als unser Bürgermeister erklärte, dem Redner das Wort zu entziehen, falls derselbe nicht sofort das Landsturmgesetz bei Seite lasse, indem dasselbe nicht zur Tagesordnung gehöre; es solle über die Arbeiterbewegung gesprochen werden und über nichts Anderes. Als ob das Landsturmgesetz nicht ebenfalls tief in die Arbeiterverhältnisse einschneide. Es war dem Referenten hauptsächlich darum zu thun, Klarheit über die soziale Frage zu schaffen, und auch den anwesenden Gegnern Gelegenheit zu geben, sich mit ihm in die Debatte einzulassen, und so that er für dies mal unserm Bürgermeister den Willen, und führte sein Referat ohne Landsturm, aber unter lebhaftem Beifall der Versammlung zu Ende.

Von den anwesenden Gegnern meldete sich nur Herr Mödel zum Wort, seine Freude ausdrückend, daß sein, wie er sagte, im „Ergözen Volksfr.“ ungenau wiedergegebenes Referat eine solche ruhige und leidenschaftslose Kritik erfahren habe, er erklärte sich nicht mit allen Ausführungen des Redners einverstanden. Seiner Ansicht nach sei es unmöglich, daß der Mittelstand als Träger der Bildung (!!) dem Großkapital weichen müsse und in die Reihen des Proletariats hinabgedrängt werden könne. Es gäbe ein Mittel, um sich über den Bogen der industriellen Fluth zu erhalten, das sei das Genossenschaftswesen, die Produktivassoziation, durch Selbsthilfe gegründet. Dadurch würde Friede und Eintracht wiederkehren, der soziale Krieg, der von uns, d. h. den Sozialisten heraufbeschworen sei, würde verschwinden.

Die Sozialdemokraten hätten bis jetzt noch Nichts erreicht, dagegen gebe es viele Beispiele, was durch Selbsthilfe geschaffen sei, und empfehle er den Arbeitern als die beste Organisation die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine, und rief, daß alle Parteien Hand in Hand gehen mögen. Wiemer widerlegte den Referenten theils durch statistische Belege, theils durch andere treffende Beweise. Er empfahl, nicht mit Parteien Hand in Hand zu gehen, die ihre Grundzüge nur zu oft verläugerten, in deren Reihen die Freiheit längst eine abgedroschene Redensart sei, sondern da Stellung zu nehmen, wo die bessere Ueberzeugung es gebiete, und unbeirrt weiter zu arbeiten an der Befreiung der Menschheit aus der Despotie, der Sklaverei des Kapitals und der Knechtung des Geistes. Das Referat hat auch seine Früchte getragen, und haben wir nur noch den einen Wunsch, daß nicht, wie das Mädchen aus der Fremde, jährlich einmal ein Agitator zu uns kommt, sondern daß solche öfter das Gebirge besuchen und der ausgefrennte Samen seine Früchte tragen. Mehrere Parteigenossen.

Grosenhain. Trotzdem die Arbeitstheile hier zureichen, können es sich die hiesigen Fabrikanten doch nicht verlagern, mit ihrer Werbetrommel von Ort zu Ort zu springen und Alles, was sich nur irgend wie erschaffen läßt — ob Alt oder Jung, ohne Unterschied des Geschlechts — unter ihrer Döbüt zur weiteren Ausbeutung anher zu beschlehen. Daß es heute noch immer genug „fromme Schafe“ giebt, welche an den „Fabrikantenkönig“ glauben, ist bei der großartigen Volksverdummungsmaschinerie gar kein Wunder.

Selbstverständlich giebt es aber auch Arbeiter, die unter der Wacht der heutigen Produktionsweise und durch die mit derselben eng verbundenen fortwährend sich erneuernden Geschäftskreisen überflüssig werden und sich dann für jeden Preis verkaufen müssen. Diese überflüssigen Proletariatskräfte sind ein herrlicher Fang für unser Fabrikantenthum, und werden zur leichteren Kalodang solcher „Menschenwaare“ allerlei schöne Versprechungen gemacht, wie z. B. die hiesigen Fabrikanten mit „hohem“ Lohn, „dauernder Beschäftigung“ und anderem wohlfeilen Phrasengeflunster herumwerfen, um nur recht viele Arbeiter heranzuloden. So wurden u. A. von Grünberg Appreturgehilfen mit dem Versprechen herangezogen, daß sie wöchentlich 4 bis 5 Thaler verdienen können, was aber nach dem üblichen Lohne, welcher höchstens 3 Thaler beträgt, eine ziemlich auffchneiderei ist; und wenn das Alles nicht wäre, so war es eine Unverschämtheit, Arbeiter heranzuloden, für die man gar keine derartige Beschäftigung hatte, wie es hier der Fall war. Denn als die genannten Arbeiter ankamen, wurden sie von einer Fabrik zur anderen geschickt, aber in keiner derselben wurden Appreturgehilfen gebraucht. Als dieselben sich beschwerten und Reisevergütung von dem Fabrikantenverein verlangten, wurde ihnen aus „Mitleid“ andere Beschäftigung zugewiesen, bei welcher einer von diesen Arbeitern in drei Wochen nach seiner eigenen Aussage 4 Thlr. 26 Gr. 7 Pf. verdiente und ein anderer ungefähr 2 Thlr. pro Woche. Wie es sich bei einem derartigen Bediensteten leben läßt, brauche ich wohl nicht erst näher anzuführen. Aber das ist gewiß, daß diese Arbeiter ihre Verpflichtungen gegenüber den Quartier- und Kostgebern nicht erfüllen können. Und wer sind dieselben? Es sind verheiratete Arbeiter, welche ihre Miethe und übrigen Bedürfnisse allein nicht decken können und daher genöthigt sind, mit Anderen ihre ohnehin keinen ungehenden Wohnungen zu theilen und dieselben noch unwohnlicher zu machen, als sie bereits schon sind.

Die logische Folgerung daraus ergibt: daß die ohnehin bis auf's Mark ausgezogenen Arbeiter noch die von Seiten des Fabrikantenvereines hergezogenen Arbeiter — die doch nur als Konkurrenten zur Herabdrückung der Löhne bestimmt sind — größtentheils erhalten müssen.

Den weiblichen Arbeitern, die man herlockte, geht es größtentheils ebenso schlecht, dieselben haben ungeheuer zu kämpfen, um nur den Hunger zu stillen, und es würde ihnen trotz alledem nicht gelingen, wenn sie nicht unter der Hand von Seiten der Herren Fabrikanten unterstützt würden; diese Unterstützung soll wahrscheinlich das Schweigen dieser armen Geschöpfe erkaufen. Aber werth auf ihr Herzlosen, über kurz oder lang fällt die Binde von den Augen dieser behörten Arbeiter und euer ganzes Sündenregister wird an die Öffentlichkeit gezerrt und dann nützt die ganze Schönfärbekunst nichts mehr, denn die durch Hunger abgehärteten und halbmadt daselbstenden Gestalten werden mehr bezugen als tausende schöner Worte.

Bevor ich jedoch diese Zeilen schließe, kann ich nicht unterlassen einige Musterexemplare noch zu kennzeichnen. Als besonders hervorragend steht da Richter, Direktor der sächsischen Tuchfabrik (Altiengesellschaft), welcher, nebenbei bemerkt, sich den größten Theil des Tages im „aufgeregten Zustande“ befindet und vor lauter Uebermuth nicht weiß, wie er die Arbeiter behandeln soll. Ja Grobheiten austheilen ist er ein Ausbund erster Größe und an Handgreiflichkeiten fehlt es ihm auch nicht. Um die Arbeiter recht unter der Kante zu halten, entläßt er alle, die den Muth haben, ihn in seinem Treiben zu stören, und ersetzt die Stellen durch neue Anstellungen, mögen letztere für hunderte von Thalern Schaden verursachen, er behält sie doch. In letzter Zeit hat er sich mit lauter protegirten Speichellehern umgeben, die ziemlich theuer zu stehen kommen. Es sind meistens Leute aus seiner Vaterstadt Bräun. Wahrscheinlich alte Familienherbstade. Ein gewisser Schingel ist auch darunter; derselbe macht den Doppelgänger des Herrn Richter, weil er in anderer Eigenschaft nicht verwendbar ist. Daß dabei die Aktien immer mehr heruntergehen, darf bei solcher Mißwirthschaft nicht Wunder nehmen. Es ist nur traurig, daß die Arbeiter bei derartiger Leistung, materiel zu Grunde gehen müssen. — Einem Arbeiter, bei Grünberg zu Hause, wurde eine Anstellung geboten, mit dem Bemerken: er soll seine Frau, sammt Familie (7 Kindern) herkommen lassen. Nach mehrmaligen Fragen über die Höhe seines zukünftigen Lohnes erhielt er den angenehmen Bescheid, daß man ihm 2 1/2 Thaler pro Woche zukommen lassen würde. Diese trockenen Zahlen sprechen für sich selbst. Und nun zu den nächsten „Arbeiterfreunden“.

Tschude u. Otto: Für diese Herren ist jedes menschliche Gefühl eine Dummheit und ihr ganzes Thun und Treiben geht darauf hinaus, ihre Ausbeutungslust immer mehr und mehr zu schärfen. So wurden in letzter Zeit durch allerhand Schikane die alten Arbeiter zum Verlassen der Arbeit gebracht, um durch dieses Manöver die Löhne leichter herabdrücken zu können. Ferner wurde schon mehrmals im hiesigen Anzeiger ein tüchtiger Selbstactor für diese Firma gesucht. Natürlich findet sich keiner, der diesen Patronen die Arbeit für einen Hungerlohn verrichtet. Sie hatten einen tüchtigen Arbeiter, der 1 1/2 Jahr die Arbeit zur Zufriedenheit machte, dem mußten sie 5 Gr. vom Lohne pro Woche abziehen, was sich dieser Arbeiter nicht gefallen ließ und lieber die Arbeit verließ. Diese Dreistigkeit mußte bestraft werden durch das Behmgericht des Fabrikantenvereins. Er bekam im ganzen Orte keine Arbeit mehr und mußte denselben verlassen.

Das Ende vom Liede ist, die Werbetrommel zur Hand: „Tüchtige“ Arbeiter finden bei „gutem“ Lohn „dauernde“ Beschäftigung.

An Euch Arbeiter ist es, der Organisation beizutreten um baldigst solche traurige Zustände aus der Welt zu schaffen. Ferner nehmt Euch noch zu, verzeht unsern Hauptkämpfer den „Volksstaat“ nicht, führt ihm neue Abonnenten zu, denn nur auf diese Weise ist es möglich, unser erhabenes Ziel früher zu erreichen.

Und nun noch ein herrliches Lebenswohl bei meiner Abreise von hier. Haltet fest zusammen, damit für die Zukunft es den Herren Fabrikanten nicht so leicht gemacht wird, einen Arbeiter heranzuloden.

Hugo Schmidt.
B. F.

Bevollmächtigter für Halle.
Wilmshaven, 18. Januar. (Zum Strike der Wilmshavener Zimmerleute.) Der Strike dauert ohne Unterbrechung fort. Noch stehen wir fest, und trotz der jesuitischen Zersplitterungsversuche der Herren Meister gegen unsere Organisation ist doch noch kein Kamerad von der Fahne gewichen. Freilich ist die Noth eine große gewesen, und es gab in den Hütten unserer Kameraden zur Weihnachtzeit keine so fröhlichen Gesichter, wie im vorigen Jahre, denn es fehlte überall am Besten. Aber trotzdem wir das Weihnachtstfest und den 1. Januar nun hinter uns haben, ist doch noch keine Aenderung in unsern Arbeitsverhält-

nissen eingetreten. Die Meister bestehen nach wie vor darauf, und den Lohn in einer Weise zu reduzieren, der uns kaum die Bedürfnisse anzuschaffen erlaubt, um nur ähnllich den Kulis existieren zu können. Dagegen bleibt uns kein anderes Mittel übrig, als diesen Angriff auf unsere Existenz entschieden zu parieren. Dies haben wir bis jetzt im Interesse aller Kameraden Deutschlands gethan, und wenn uns dabei auch manchmal Hunger und Noth beströmte, so erhob uns doch immer der Gedanke zur größten Begeisterung, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen, sondern daß unsere übrigen Kameraden in Deutschland hinter uns stehen. Dieses Hinterunsstehen, Kameraden, ist jetzt für uns, um zum Siege zu gelangen, am nothwendigsten, denn die Herren Meister haben sich jetzt an ihre Bundesgenossen nach Hannover, Rostock, Stralsund u. s. w. gewendet, um von dort her billige Arbeitskräfte heranzuziehen. — Arbeiter, Zimmerleute Deutschlands! Wir bitten Euch, mit aller Kraft dafür einzustehen, daß der Zuzug nach hier fern gehalten wird, tretet den Anwerbungen solcher Agenten entschieden entgegen, läßt die Zimmerleute in allen Städten auf, welches Loos sie hier erwarten, wenn sie auf die „Leimruthen“ der Meister gehen, unterstützt uns ferner materiell, damit die Herren Meister nicht über uns triumphieren und unsere Lage nicht eine noch schlechtere werde, tretet ein für uns, denn unsere Sache ist auch die Eure. Unterstützungen sind zu senden an die Expedition des „Pionier“, per Adresse Kapell, Berlin, Waldemarstraße 56. Mit kameradschaftlichem Grusse

Die freitenden Wilhelmshavener Zimmerleute.

Hertborn, 9. Januar. In Folge der beabsichtigten Einführung einer Kreisordnung für Hessen-Nassau, Rheinland und Westfalen hat der hiesige Bürgerverein auch wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben, indem er eine Resolution faßte, wonach vorerst das Dreiklassen-Wahlrecht beibehalten werden möge, da die Bildung noch nicht in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen sei; auch sollen nur Bürger wahlberechtigt sein. Sich über diesen Blödsinn selbst auszulassen, halten wir unter unserer Würde, und wollen wir nur diesen Bürgerverein näher charakterisieren. Genannter Verein, von den Korpphären der hiesigen nationalliberalen Partei zum Zweck der Einwirkung auf die damals bevorstehende Bürgermeistereiwahl vor einigen Jahren gegründet, litt aber, nachdem die letztern zu ihren Ungunsten angefallen war, schon lange an Abzehrung und glaubten wir, er sei längst tot. Doch die Maulhelden von 1848, welche 1849 auf der Neuhofnungshütte Kanonen fertigen ließen zur Bekämpfung resp. Aufhaltung der nach Baden marschirenden preussischen Truppen, dieselben aber mit Bivats, Würsten und Bierfäßchen empfangen, läßt ihr Ruhm nicht schlafen, sie müssen in der Welt gehört werden.

Zu diesem Zweck werden dann 15—20 Mann (meistens arme Schinder, welche dem Vorschußverein leibeigen) zusammengedrömmelt und die in der Tasche habende Resolution vorgelesen, angenommen und in alle Zeitungen verbreitet. Zur Berufung einer Volksversammlung, in der auch Sozialisten erscheinen können, hat man nicht den Muth.

Daß der Arbeiter hier weit mehr politisches Verständniß hat wie das Selbstproletariat, zeigen die hiesigen Gemeindevahlen, welche in der 3. Klasse schon seit langen Jahren stets oppositionell ausgefallen sind. Daß die ganze Resolution nichts wie die reinste Furcht vor dem Sozialismus ist, ist sonnenklar, und daß man nicht glaubt, daß der Sozialismus trotz Polizei und richterlichen Verfügungen ganz gestorben, beweist uns eben wieder diese Resolution. Der Sozialismus wurde seiner Zeit hierher verpflanzt, er ist zwar unterdrückt (?) wuchert aber unter den Arbeitern doch fort und wird auch zur Geltung gelangen.

Oberwünschig. Wie fast allerwärts, so gab es auch hier harten Kampf bei den Gemeindevahlen, und wurde eine rege und erfolgreiche Agitation von Seiten der Arbeiterpartei betrieben. Die sozialdemokratische Partei, kräftig unterstützt von vielen Gemeindevahlmitgliedern, ließ an den hiesigen Gemeinderath im Monat September 1874 eine Resolution ergehen, in welcher der Gemeinderath höflichst ersucht wurde, die in der revidirten Landgemeindevahlordnung in so verschiedenen Paragraphen aufgeführten Zulässigkeiten auch hier in Ausführung bringen zu wollen und durch Ordinalstatut festzustellen. Die Unterzeichneten gaben sich zwar nicht allzu großen Erwartungen hin, die auch der Verzicht von Seiten des Gemeinderaths begründete. Von den wenigen in der Resolution aufgeführten Punkten fand der Gemeinderath nur für nöthig, die Zahl der Gemeindevahlmitglieder von 4 auf 8 zu erhöhen, den Wahltag bei Gemeindevahlen anstatt auf einen Sonntag festzustellen (da hierorts der bergmännische Gewerbetrieb fast der einzige ist), soll dem Gemeinderath überlassen bleiben, ferner, eine von allen Klassen der Gemeindevahlmitglieder gemeinschaftliche Wahl zu vollziehen u. s. w. hat der Gemeinderath eine Aenderung oder ein Bedürfnis der bestehenden Gemeindevahlordnungen nicht zu erblicken vermocht. Trotzdem nun, daß bei der jetzigen Wahl der Wahltag an einem Wochentag bestimmt war, haben diesmal besonders die Arbeiter bewiesen, daß sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, und es hat eine solche starke Betheiligung bei dieser Wahl stattgefunden, wie kaum je eine hierorts nachzuweisen ist, und haben wir daher einen glänzenden Sieg davongetragen. Sämmtliche von der Arbeiterpartei aufgestellten Candidaten sind mit großer Majorität durchgebracht worden. Mögen daher diejenigen, die sich der Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie dem hiesigen Arbeiterverein angeschlossen haben, dieses beherzigen und erkennen, was eine vereinigte Masse zu thun vermag. Haltet daher fest an dem Bau, welchen Ihr begonnen und tretet mit aller Energie für das gemeinsame Wohl der Menschheit ein; und auch diejenigen, welche unserer Organisation noch nicht direkt beigetreten sind, mögen ein Gleiches thun, um ihre menschlichen Rechte zur Geltung zu bringen. Nur Einigkeit macht stark! Es lege ein Jeder seine Furcht ab; es wird dadurch wahrhaftig kein Bauerntag tausend Thaler billiger in Oberwünschig, wie einer unserer Gegner geäußert hat, als sie bei der Wahl unterlagen. Im Gegentheil werden selbige uns achten lernen und erkennen, daß es schon lange auch besser für sie wäre, wenn sie sich uns und unseren Grundzügen angeschlossen hätten. — Zu bemerken wäre noch, daß der Vorstand die Listen in den Wahlen auszufüllen hat, wenn er auf solche, wie geschehen, aufmerksam gemacht wird; oder meint der Vorstand vielleicht, daß es seinem Belieben anheimgestellt sei, zur Wahl zuzulassen wen er wolle? Er hat nichts als seine Pflicht zu thun, und die ist ihm im Obey vorgeschrieben.

Neudörsch. Da wir bei und bloß eine Schulgemeinde bilden, so hatten wir Sonntag den 20. Dezember v. J. Neuwahl des Schulvorstandes, welcher aus 3 Angeesehenen und 2 Unangesehenen besteht. Alle 5 wurden aus der Arbeiterpartei gewählt, trotz der großen Mühe der geringen Zahl Reichsfreunde, und der großen Laune der anderen Wähler gelang es unseren Gegnern doch nicht, einen ihrer Candidaten durchzubringen, was ihnen großen Aerger verursacht. Vielleicht findet sich wieder eine Gelegenheit, wo sie

sich in ihren gerechten Zorn weiter nähern können, wie bei der letzten Reichstagswahl.

Wollensbüchel. Am 18. d. Mts. hielten wir eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen“. Mit warmen Worten sprachen sich mehrere Mitglieder über die schon längst gewünschte Vereinigung aus unter Hinweis auf die Nachteile der bisherigen Entzweiung. Die letzten Wahlen hätten bewiesen, daß nur ein gemeinsames Vorgehen zum Fortschreiten führe. Von andern Mitgliedern wurde erwähnt, es sei Pflicht der Mitglieder, die Führer beider Fraktionen zu drängen, die Einigung herbeizuführen. Nach der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung sieht mit Freuden der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen entgegen und verpflichtet sich, für die baldige Vereinigung einzutreten.“ J. A.: F. S.

Neustadt a. d. Saardt. Die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer lautete das Thema, über welches Herr „F. Worthmann aus Leipzig“ im hiesigen Gewerbeverein unter Zuziehung des Arbeiterbildungsvereins einen „Vortrag“ hielt, der aber weiter nichts war, als der alte Köder und die bekannten Phrasen vom Partnerships-System: Aus Leibeckräften arbeiten und mit dem Material ja recht sparsam umgehen, damit der Fabrikant einen ansehnlichen Mehrgewinn erzielt, wovon er dann am Jahreschlusse „seinen“ Arbeitern einen Gnadenbrocken zuwirft. Die Hauptaufgabe dieses Helden war jedoch eine ganz andere, welche er denn auch zur vollen Zufriedenheit der anwesenden Herren Bourgeois löste. Verleumdungen und Besudeln der Sozialdemokratie und deren „Führer“. Ich habe den Pfaffen Schuster aus Stuttgart lägen hören, allein so wie dieser Worthmann benahm er sich nicht. Nachstehende Proben mögen als Illustration dienen: „Die Sozialdemokraten, diese rohen Kerle, verstanden sich am besten auf Stuhlbeine und Biergläser, ihre Führer verjubelten die sauer verdienten Arbeitergroßen, seien die gefährlichsten Menschen, man müsse sie mit sammt ihren Utopien zum Lande hinausjagen, er sei gewiß der Letzte nicht, der, wenn's zum Klappen käme, mit Allem dreinhauen würde. Bebel, der Schwärmer, und Anhang, wenn wirklich an's Ruder kommend, seien zu unfähig zum Regieren, das habe man an der Pariser Kommune gesehen, deshalb sei eine dauernd siegreiche Revolution nicht zu befürchten, wohl aber hinten bald ein Säbelregiment wie dies jetzt in Frankreich der Fall sei.“ In dieser Weise ging es fort bis zu Ende. Recht nett war es auch mit anzuhören, wie sich dieser Herr als der Ersiader der industriellen Partnerships aufspielte; daß er bis jetzt in 40 deutschen Städten darüber gesprochen, aber nirgends so recht Anklang gefunden, im Gegentheil hätten ihm schon viele Fabrikanten Einwände gemacht. — Selbst eine Bestimmungsgenossin von ihm, die „Neustädter Zeitung“, ruft ihm nun ebenfalls nach, er möge Neustadt zu den 40 Städten hinzuzählen. Den Parteigenossen aber möchte ich rathen, diesem „Kerl“ bei passender Gelegenheit gehörig auf die Finger zu klopfen.

Gannstadt, 13. Januar. Gegenüber den verschiedenen sich widersprechenden Artikeln in den hiesigen Zeitungen über den momentanen Ausstand einer großen Anzahl Arbeiter der Gebr. Deder'schen Maschinenfabrik am 11. d. M. sei hier der Sachverhalt der Wahrheit gemäß von einem direkt dabei Theilhabenden der Offenlichkeit übergeben. Als am Samstag, den 9. d. M., Nachmittags, den Arbeitern der Fabrik die Lohnreduktion durch ihre Prinzipale eröffnet wurde, enthielten sich die Arbeiter jedes Einspruchs gegen dieselbe, da ihnen die Sache gänzlich unvorbereitet über den Hals kam. Dem ersten Ersuchen sollte jedoch bald eine zu natürliche Aufregung und am Montag, den 11. d. verließen plötzlich um 10 Uhr Vormittags ungefähr 250 Mann die Fabrik und begaben sich in das Gasthaus des „jungen Hasen“, um sich gemeinschaftlich über das Vorgehen der Prinzipale zu besprechen. Nach kurzen Beratungen wurde folgender Protest einstimmig angenommen:

„Die heute Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr im „jungen Hasen“ versammelten Maschinenarbeiter, Schmiede, Schlosser, Dreher u. d. Gebrüder Deder'schen Maschinenfabrik unterbreiten den Herren Gebrüder Deder auf die am 9. d. M. angekündigte Lohnreduktion von 10 pCt. folgenden einstimmig angenommenen Protest zur geneigten Berücksichtigung: Bereits im August und Oktober des vorigen Jahres wurden von den Affordpreisen nacheinander 30—33 pCt. abgezogen. Die nunmehr angekündigte Reduktion des festen Lohnsatzes trifft die Arbeiter um so härter, als inmitten eines strengen Winters die Existenz Angehts der theueren Lebensbedürfnisse für jeden Familienvater sehr schwer ist. Wir hoffen, daß die Herren Gebrüder Deder das gute Einvernehmen, welches bisher zwischen Ihnen und Ihren Arbeitern bestand, nicht absichtlich zu stören gewillt sind, — und knüpfen hieran die einstimmige Bitte, die angekündigte Lohnreduktion wieder zurückzuziehen.“

Sodann wurde eine Deputation, bestehend aus acht Mann der verschiedenen Branchen der Fabrik, gewählt, welche sich Nachmittags 2 Uhr zu den Herren Gebrüder Deder begaben, um den Protest, sowie ihr Anliegen mündlich zu unterbreiten. Die Unterredung währte sehr lange. Die Herren Prinzipale suchten die Lohnreduktion in erster Reihe zu rechtfertigen; sodann machten sie den Arbeitern den Vorwurf, daß dieselben zu wenig sparsam, daß sie luxuriös wären; sie sollten von ihrem Gelde Sparsamkeiten machen und sich dann Staatspapiere kaufen u. d. Natürlich wurden alle diese Zumuthungen durch die Deputation als unannehmbar für den Arbeiter widerlegt, jedoch ohne einen günstigen Erfolg erzielt zu haben, mußte die Deputation wieder zu ihren Arbeitern zurückkehren. Es blieb Alles beim Alten. Von einem beabsichtigten Strike war selbstverständlich bei den Arbeitern Angesichts der schlechten Zeitverhältnisse keine Rede. Die Arbeiter aber haben eine Lehre aus diesem Ereigniß gezogen, und sich Tags darauf zu einer Metallarbeiter-Genossenschaft constituirten. Ihrem Beispiele werden hoffentlich sämmtliche einsichtsvolle Arbeiter folgen.“ (Süddeutsche Volks-Zeitung.)

Wannheim, 13. Januar. Nach freiwilliger Abdankung unseres Vertrauensmannes E. Deuschere hielten wir gestern eine geschlossene Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1) Wahl eines Vertrauensmannes; 2) die Vereinigung beider Arbeiterfraktionen. Der erste Punkt fand seine Erledigung, indem Franz Pfeifer einstimmig gewählt wurde. Der zweite Punkt wurde ebenso glänzend gelöst. Es sprachen sechs Redner sämmtlich zu Gunsten der Vereinigung. Parteigenosse Mai, welcher für diesen Abend den Vorsitz führte, brachte folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen des „Volksstaat“ über die Vereinigung einverstanden, und stellt eine gemeinsame Versammlung beider Fraktionen in Aussicht.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Heute hat unser Freund Ehrhardt verlassen; möge er seine alten Kampfge-

nossen nicht vergessen und in seinem neuen Wirkungskreise tüchtig weiter agitieren. Ein herzliches Lebwohl.

Mit sozialdemokratischen Grusse.
Karl Ruhn, Schriftführer.

Briefkasten
der Redaktion. H. Schm. in Kassel: Die „Union“ erscheint alle 14 Tage in Hamburg, die übrigen die „Union“ betreffenden Fragen kann Ihnen am Besten die Post beantworten; den Volksstaatkalender können Sie bekommen.

Quittung
der Expedition. B. Gendmann Großebahn Str. 270. Es Stuttgart Str. 0,40. Bulke Kienstadt Str. 0,60. Linn Chemnitz Str. 1,26. Nöhl Calenberg Str. 6,00. Rittner München Str. 18,90. Rittner Regensburg Str. 1,60. Sgt Witten Str. 2,75. Buchbinderer. Hamburg Ann. 1,00. Jch Ren. Chemnitz Ab. 41,25. Schafkopf-Club Ebonberg Ann. 1,00. Is. Jude Brunn Str. 18,00. Gewerksch. der Mannf. Arb. Rowawes Ann. 2,25. Wotr. Frankenshausen Str. 2,86. Pfgr. Hohenstein Str. 20,25. Wtg. Offenbach Ann. 2,20. Str. 3,00. Schlg. Hamburg Ab. 6,50. Str. 93,50. R. Artoe Semlin Ab. 1,70. Wk. Rühlhausen Str. 0,65. W. Erl. St. Johann Str. 10,00.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilsquittungen erzielten ferner: J. in Berka a. d. Elm. R. 120,00. Hdlch. [20]

Anzeigen zc.

Dresden Der Arbeiter-Bildungs-Verein feiert Montag, den 1. Februar a. e. sein

Bierzehntes Stiftungsfest
bestehend in Festact, Commers u. Ball, in den Sälen der „Societät“ (Luffert's Etablissement), Königstraße 8.
Freunde des Vereins und Parteigenossen von Rath und Fern werden hierzu freundlichst eingeladen.
Eintritt nur gegen Karten à 30 Pfg., welche vorher im Vereinslokal, Palmstraße 20 part., zu entnehmen sind. Anfang $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends. [250]

Elberfeld Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Montag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung beim Wirth Evertz. — L.-D.: Parteiangelegenheiten.
Der Vertrauensmann: B. Horn. [40]

Hamburg Donnerstag, den 4. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Thomsen, Neust. Neustr. 25:
Oeffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hartmann. Die Hausindustrie und ihre Folgen.
NB. Es ist dringend nöthig, daß jeder Hausarbeiter am Plage ist.
J. A.: J. Richter. [80]

Hamburg Der alte, bekannte Arbeit-Nachweis
für Buchbinder

befindet sich nach wie vor bei Herrn Bachmann, Großer Burstak unter 26.
Der Hamburg-Altonaer Buchbinder-Verein.
J. A.: J. Ritter. [100]

Leipzig Gewerkschafts-Vorstände.
Freitag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Schreiber, Ränigasse Nr. 3. R. [30]

Leipzig Gewerkschaft der Holtarbeiter.
Sonnabend, den 30. Januar: Versammlung gr. Windmühlenstraße Nr. 7. — L.-D.: 1) Fortsetzung der Diskussion über Zweck und Nutzen eines Gewerkschafts-Arzt. 2) Fegekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder. D. B. [50]

Leipzig Donnerstag, den 28. d. Mts., Abends halb 9 Uhr, im Saale des Hrn. Jacobi (früher Jahn) Rosenfalgasse:
Allgemeine Versammlung

aller Sozialdemokraten von Leipzig und Umgegend.
Angehörige der sozialdemokratischen Arbeitervereine, des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der Passale-Schule haben Zutritt gegen Vorzeigung der betr. Mitglieds-Karte.
Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Diskussion über die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen. 2) Diskussion über die Grundlage zur Vereinigung. — Zahlreiche Erscheinungen erwarren
Kamm. Kerschmar. Liebich. [120]

Leipzig Gewerkschafts-Vorstände.
Freitag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Schreiber, Ränigasse Nr. 3. R. [30]

London Arbeiterbildungsverein.
Deutsche Section der Internationalen Arbeiterassoziation.
81 Blue Post Taverna, Newmann Street Oxford Street W. C.
Versammlungsabende Mittwoch und Samstag.
Jeden Dienstag englischer Sprachunterricht.
Der Sekretär:
Les Fränkel, 13 Mortimer Street W. [70]

Photographien von Theodor Jork
in Bistenartenformat
à 25 Pfennige das Stück, das Duzend zu 5 Rmk. gegen baar sind von heute an zu beziehen von der
Buchhandlung des „Volksstaat“.

NB. Da von Jork kein größeres Bild existirt und dasselbe nur mit großem Aufwande an Zeit und Kosten von einem Bildchen in Medaillenformat abgenommen und vergrößert werden konnte, so hat sich unser Photograph das Eigenthum recht an dieses Bild vorbehalten
Anfertigung von Copieen ist deshalb verboten!

Codes-Anzeige.
Allen Freunden und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß heute Morgen um 4 Uhr nach langem Krankenlager unser unvergeßlicher Freund und Parteigenosse Carl Wenzel an der Lungenkrankheit gestorben ist. Witten, den 22. Januar 1875. Die Wittenener Parteigenossen. [60]

Som 1. Februar an ist meine Adresse:
J. Auer, Pferdemarkt Nr. 46, 4. Etage, Hamburg. [60]

Otto Ascher aus Delitz (König. Sachsen), Robeischlosser, früher in Graz jetzt in Leipzig, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung gegen die Productivassoziation der Arbeitermacher in Graz binnen 8 Tagen nachzukommen.
Carl Frank, Geschäftsführer. [40]

Bitte.
Ich ersuche jeden Parteigenossen, dem es möglich ist, mir Auskunft zu ertheilen, wo sich der Schneider Eduard Schuebelbach aufhält.
G. Baas, Rändelstraße 3, Braunschweig. [75]

Notiz.
Die Besteller von Kalendern 75, Sac: Unsere Schulen, Fremdwörterbuch, werden gebeten, noch einige Tage sich zu gedulden, bis wir vom Buchbinder in den Besitz genannter Sachen gelangt sind.
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.
Redaktion Godestraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.